Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für den politischen Teil: Adolf Thiele, für den lokalen und provinziellen Teil: Max Gendewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, sämtlich in Halle — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Große Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 19. **Halle, Donnerstag, den 23. Januar 1919.** **3. Jahrgang.**

Der Siegestag der deutschen Sozialdemokratie.

167 Mehrheitssozialisten gewählt.

Jetzt erst ist es möglich, sich ein ungefähres Bild von dem Ausfall der Wahlen zu machen. Zwar sind noch Korrekturen nach oben oder unten möglich. Aber eines steht jetzt fest: **Der 19. Januar hat sich zu einem Sieges- und Ehrentag für die sozialdemokratische Partei gestaltet.** Ueberall stehen die sozialdemokratischen Stimmen an erster Stelle, mag es sich um das Wahlergebnis in den großen Städten und Industriebezirken handeln, mögen die Nachrichten aus dem vorwiegend kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schwabenlande, aus dem schönen Badenerlande, aus Thüringens waldigen und idyllischen Gauen, aus Westfalen, wo Eisen und Kohle das wirtschaftliche Leben beherrschen, oder aus dem frostigen Norden und dem etwas gemischten Osten kommen. Auch in Mecklenburg marschiert die Partei an der Spitze; in Berlin, Hamburg und im roten Sachsen triumphiert die Partei des proletarischen Klassenkampfes, die Trägerin der Neugeburt Deutschlands und seiner Zukunft, die alte sozialdemokratische Partei. Mit stolzem Gefühl und froher Zuversicht können die sozialdemokratischen Massen auf die erste Wahl in der deutschen Volksrepublik blicken. Sie sind der historischen Stunde und der gestellten Aufgabe gerecht geworden. Dabei hatte die Sozialdemokratie in mancher Beziehung unter ganz erheblichen Schwierigkeiten zu leiden. Eine große Zahl ihrer besten Kräfte war für den Wahlkampf zum Teil lahm gelegt, weil sie in wichtigen Staats- und Regierungsstellen tätig sein mußten. Viele unserer Parteiblätter wurden gerade mitten in der besten Wahlarbeit durch spartakistische und unabhängige Gewaltakte tagelang verhindert, den Kampf zu führen. Auch der organisatorische Apparat, der bei uns sonst so gut funktioniert, geriet manchmal ins Stocken.

Und dann das Allerschlimmste: der **elende** und von den Unabhängigen mit fanatischem Haß geführte **Bruderkampf.** Er tobte nicht nur in den großen Städten und Industriebezirken; selbst in den Gebirgstälern und auf Ostelbiens Fluren war sein Wüten zu spüren. Und als sollte diesmal die Sozialdemokratie alle Widerwärtigkeiten und Hemmnisse bei einer Wahl auskosten, **raste Spartakus durch das Land,** Mord, Raub, Gewalt, Aufruhr und Plünderung im schwer mißhandelten Namen des proletarischen Befreiungskampfes verübend. „Das ist also die Freiheit, das Recht und die Wohlfahrt unter proletarisch-sozialistischem Regime", schallte es bereits aus dem Bürgertum, und man konnte annehmen, daß unter dem Kanonendonner im Berliner Zeitungsviertel, unter dem Maschinengewehrgeknatter und unter dem Krachen der Handgranaten in so vielen deutschen Städten, der Freiheitsflug des deutschen Volkes erschrocken nur eine sehr kurze Wegstrecke sich ausdehnen werde. Der sogenannte entschiedene Liberalismus, der sich als Demokratische Volkspartei formiert hatte, glaubte Morgenluft wittern zu können; von rechts und links wollte und hoffte er die verängstigt Flüchtenden aufnehmen zu können. Diese honetten und — ach — so artigen Demokraten versprachen ja Freiheit und Demokratie, und als besonders anziehender Köder den Bestand der bürgerlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Einmal im Zuge, wurde auch die Heiligkeit der Ehe, die Kirche und was man sonst aus dem Wahlrepertoir von Anno dazumal ermischte, „geschützt" und niemand ernstlich wehe getan, der weiter rechts stand. Aus dem großen Zusammenbruch der ehemals nationalliberalen Partei, die elend gelebt hat und schmählich zugrunde gegangen ist, haben die Demokraten Zuzug erhalten, mancher bisher indifferente Bürgersmann und besonders bürgerliche Frauen sind zu ihnen gestoßen. Aber an der Front der proletarischen Männer und Frauen prallte die neukonstruierte bürgerliche Demokratie glatt ab. Das ist eine ungemein bemerkenswerte Tatsache — die Arbeiter wollen gewiß Demokratie, aber **sie wollen auch Sozialismus.** Der Weltkrieg, der die enormen Schäden und Gefahren der bürgerlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung allen Augen sichtbar bloßgelegt hat, er hat die Arbeiter im Sozialismus gefestigt, ihnen gelehrt, daß das Heil für die Entrechteten nur von uns durch den Sozialismus kommen kann. Und diese Tatsache wird für die Verteidiger der privatkapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung weit gefährlicher und sorgenvoller sein als spartakistische Räuberepisoden. Mit hirnverbrannten Fanatikern wird man in Deutschland am Ende auch fertig werden, selbst wenn die lichtscheuen Existenzen der Großstadt plünderungslustig hinter ihnen drein jagen; aber gegen den Sozialismus, der in Millionen Köpfen sich verankert hat, der planmäßig und zielsicher sich freie Bahn schafft, helfen weder Entrüstungskundgebungen noch Freiwilligenkorps. An den Revolutionstagen haben die deutschen Arbeiter ihre Kraft und ihre Macht erkennen gelernt, am 19. Januar die Sieghaftigkeit des Sozialismus. **Nun gibt es kein Halten mehr auf dem Wege zum sozialistischen Ziel.**

Hätten die deutschen Arbeitermassen, in Verblendung und Irrwahn befangen, spartakistischen Tollhäuslereien sich ergeben, hätten sie dem Wahnsinn Glauben geschenkt, man könne auf dem Trümmerhaufen eines so tragisch zusammengebrochenen Staatswesens in wenigen Wochen und Monaten eine sozialistische und kommunistische Gesellschaft aufbauen, dann wären sie um alles betrogen gewesen: um die Gegenwart und um die nahe und fernere Zukunft. Das deutsche Volk wäre ruiniert gewesen, den Sozialismus hätte der Fluch eines im Elend leidenden Volkes getroffen.

Die überwältigende Mehrheit der deutschen Arbeiter lehnte aber die bürgerliche Demokratie mit ihren Sirenenklängen ab, sie wies auch die politische und wirtschaftliche Narretei krankhafter Fanatiker zurück. Mag das endgültige Wahlresultat uns Sozialdemokraten auch keine Mehrheit in der Nationalversammlung bringen, wir können leuchtenden Auges auf die ersten Wahlen der jungen deutschen Republik blicken. Wir sind ihre Träger, und wir haben das erste Volksurteil in Ehren und mit Erfolg bestanden.

Und dann noch eins: **Glänzend gerechtfertigt durch das Wahlresultat ist die Haltung der Partei während des Krieges.** Die Treue zum eigenen Volke, verbunden mit ehrlicher Friedensliebe, sie hat über allen blinden Haß, über Dogmatismus und Schmähsucht gesiegt. Das wäre eine Wahlparole für alle bürgerlichen Parteien gewesen, wenn die Sozialdemokratie durch Verweigerung der Kriegskredite tatsächlich oder auch nur scheinbar die Niederlage des Landes verschuldet hätte. Dann konnten die Alldeutschen und Imperialisten triumphieren, dann war die Militärautokratie oben auf, dann hätten wir keine Republik, keine Demokratie, keine Freiheit, nicht das freieste Wahlrecht der Welt, sondern Reaktion und Unterdrückung.

Zusammengebrochen in der ganzen nichtigen Hohlheit ihrer verlogenen Phraseologie sind die Unabhängigen. In ganz wenigen Kreisen konnten sich die Unabhängigen behaupten. Ueberall im Reiche ist die Katastrophe der Unabhängigen zu verzeichnen. Am Tage vor der Wahl schrieb die „Leipz. Volksztg.":

„Schicksalstag! Tag des Gerichts! Schicksalstag ist dieser Wahltag wie nie zuvor. Wähler! Haltet Gericht!"

Fürwahr, **es war ein Tag des Gerichts.** Die Wähler haben abgerechnet. Verurteilt und verdammt verläßt die Unabhängige Partei den Schauplatz des Gerichts. Die schwankende unklare Politik der Unabhängigen hat sich an ihnen gerächt. Sie haben gemeinschädlich an der proletarischen Einheitsfront gehandelt, die friedensfördernde Kraft der Sozialdemokratie gelähmt, die kriegstreibenden Kreise im Auslande gestärkt, sie sind die Schuldigen, wenn die Nationalversammlung eine bürgerliche Mehrheit erhält. Gegen den Ansturm der geschlossenen Sozialdemokratie waren alle bürgerlichen Bemühungen vergebens, und Spartakus wäre machtlos zerschellt am Ordnungssinn der deutschen Proletarier, wenn ihn nicht die Unabhängigen erst gefördert und dann ebenfalls verraten hätten. Wenn die deutschen Arbeiter in Zukunft um Reformen kämpfen müssen, die bei einer einigen Sozialdemokratie sofort gekommen wären, dann mögen sie sich bei den Unabhängigen bedanken. Das Urteil der Wähler hat sie gerichtet, **die nahe Zukunft wird sie vernichten.** Die neue Zeit verlangt eben ganze Männer und ehrliche Politik, nicht Wetterfahnen und politische Treulosigkeit.

Auch im gesamten Auslande wird der Sieg der Sozialdemokratie den stärksten Eindruck hervorrufen. Er beweist aller Welt, daß die Massen im deutschen Volke ehrliche Friedenspolitik wollen, daß sie auch Kraft haben, sich Geltung zu verschaffen. Der Erfolg der Sozialdemokratie beweist, daß in Deutschland die unselige Zeit der Autokratie vorbei ist, daß unverwüstliche Lebens- und Gestaltungskraft im deutschen Volke und besonders in seinen Arbeitermassen lebt. Den Sieg vom 19. Januar sollen uns erst einmal die englischen und französischen Sozialisten nachmachen, die zum Teil jahrelang glaubten, die deutsche Sozialdemokratie schmähen zu können. Als die Niederlage Deutschlands im Kriege nicht mehr zu verhüllen war, da hat die Sozialdemokratie durch die Revolution Deutschland vor der Katastrophe gerettet. Am 19. Januar haben die sozialdemokratischen Arbeiter dem Leben neuen Gehalt gegeben. Wir treten es an. Wir wissen, noch ist große und mühselige Arbeit zu verrichten, noch lange nicht das Ende des Kampfes. Aber wir wissen, was wir können, wir wissen, was wir wollen und wo der unbeugsame Wille ist, da ist auch ein Weg. So wenig wie man heute gegen oder ohne die Sozialdemokratie regieren kann, **so wenig werden wir uns vom Wege des Sozialismus auch nur im geringsten abdrängen lassen.**

Freuet euch, ihr Proletarier und Sozialisten: wir haben einen herrlichen Tag erlebt. Und nun auf: **zu neuen Taten, zu neuen Siegen! Am 26. Januar ist der zweite Schlag zu führen.**

Sorgt dafür, daß der 26. Januar ein zweiter Siegestag für die alte sozialdemokratische Partei wird.

Tagesgeschichte.

Das Ergebnis der Wahlen.

Bis zur Stunde ist das endgültige Ergebnis der Nationalversammlungswahlen immer noch nicht festzustellen. Von den 421 zu wählenden Abgeordneten sind bis jetzt 411 festgestellt, aber auch bei den vorliegenden Mandatszahlen sind noch Schwankungen nach oben oder unten zu erwarten. Wir haben bereits die vorläufigen Resultate aus sämtlichen Wahlkreisen gebracht. Sobald aber die tatsächlich endgültigen Ziffern vorliegen, werden wir das Ergebnis in einer übersichtlichen Tabelle veröffentlichen.

Unterstaatssekretär Dr. David über die Wahlagitation im besetzten Gebiet.

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. David, ist von einer Wahlreise im besetzten Gebiet zurückgekehrt. Er erzählte einem unserer Vertreter über seine Erfahrungen, daß die Wahlbewegung im besetzten Gebiet sehr lebhaft gewesen sei, jedoch unter den schweren Behinderungen durch die Besatzungsbehörden liegt. Für Versammlungen mußte eine Genehmigung nachgesucht werden, die häufig stark verzögert wurde. Die Versammlungen selbst wurden von Offizieren der Besatzungstruppen überwacht. Ebenso mußten Flugblätter und Wahlplakate zur Genehmigung eingereicht werden. Die Zeitungen standen unter Vorzensur, sodaß sich die Agitation nicht frei entfalten konnte. Besonders hinderlich machte sich das Verbot der Einfuhr von Zeitungen aus dem Reichsgebiet und die Unterbindung des gesamten öffentlichen Nachrichtendienstes aus den übrigen Deutschland bemerkbar. Die Meldungen über die Vorgänge in Berlin kamen nur stark verspätet und entstellt zur Kenntnis des großen Publikums. Das hatte nicht sozialdemokratischen Parteien den Wahlkampf sehr erleichtert; sie machten die Regierung für die spartakistischen Umtriebe in Berlin verantwortlich, schilderten die Reichshauptstadt als einen wahren Hexenkessel und behaupteten in völliger Verkennung der Situation, daß die Regierung nicht von den ihr zur Verfügung stehenden militärischen Machtmitteln Gebrauch mache, sodaß sie gewissermaßen als Schrittmacherin des Spartakusbundes erscheine.

Die Haltung der Bevölkerung ist im allgemeinen würdig und durchaus reichsfreundlich. Nur gelegentlich finden klerikale französische Offiziere Anklang.

Zum außerordentlichen Parteitag der Unabhängigen.

Der für den 2. Februar einberufene außerordentliche Parteitag der Unabhängigen hat folgende Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht der Zentralleitung. Berichterstatter: Luise Ziegler. 2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Wilhelm Bock. 3. Die Aufgaben der Partei. a) Programm, b) Taktik, c) die Einigkeit des Proletariats. Berichterstatter: Hugo Haase. 4. Die Organisation der Partei. Berichterstatter: Wilhelm Dittmann. 5. Wahl der zentralen Parteiinstanzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190123-15/fragment/page=0001

Wer für Freiheit und Aufbau ist, stimmt für die Liste Garbe.

Wie in den Hochburgen der Unabhängigen die Preß- und Wahlfreiheit gewährt wurde.

Unter der Ueberschrift: **Kritische Tage in Leipzig** schreibt unser Leipziger Bruderblatt, die Freie Presse:

Am Freitag vor der Nationalversammlungswahl haben im Anschluß an die Arbeitslosen-Versammlungen Umzüge stattgefunden, wobei auch die Freie Presse besucht worden ist. Einige Hundert Leute erschienen vormittags vor unserem Betrieb und forderten seine Stillegung. Sie drohten, wiederzukommen und stellten Aetzgeres in Aussicht, falls dann geaebeitet würde.

Auf dem Grundstück befindet sich auch das Wahlbureau der Deutschnationalen Volkspartei. Hier nahmen die Demonstranten Stimmzettel und Flugblätter weg, und verbrannten sie auf der Straße. Auch eine Anzahl Stimmzettel der sozialdemokratischen Partei, die sie im Maschinensaal vorfanden, wurden zerrissen.

Dann zogen die Leute nach den Leipziger Neuesten Nachrichten und der Leipziger Zeitung, wo sie ebenfalls zahlreiche Literatur verbrannten. Nach gestern abend lohte auf dem Augustusplatz ein großes Feuer, das soll durchweg jugendliche Personen umstanden. Die Leipziger Neuesten Nachrichten teilen noch mit, daß es bei ihnen zu einer erheblichen Störung und Beschädigung des technischen Betriebes und der Bureauräume gekommen ist.

Am Nachmittage sind die Demonstranten wiedergekommen und haben die Beendigung des Druckes unseres Blattes verhindert. Ferner statteten dann einige fünfzig Männer unserem Königstraße 7 befindlichen Wahlbureau einen Besuch ab, nahmen zirka 100 000 Flugblätter weg und verbrannten sie. Die inzwischen erschienenen Mannschaften der Sicherheitskompagnie verhinderten weder den Eingriff in unseren Betrieb, noch die Zerstörung des Flugblattmaterials. Nach diesen Vorfällen erschien Herr Seger, der vom Parteisekretär Hagen telephonisch herbeigebeten war, in unserem Kontor. Es wurde ihm vorgehalten, daß der Arbeiter- und Soldatenrat solche Vorgänge zu verhindern in der Lage sei, wenn er den Willen dazu hätte. Dieser Wille sei aber nicht vorhanden. Herr Seger erklärte, daß der Arbeiter- und Soldatenrat nicht in allen Fällen die Macht über die Arbeitslosen hätte. Es wäre nicht der Wille der Arbeiter- und Soldatenrats, wenn solche Dinge passieren. Irgendein Bedauern äußerte Herr Seger nicht.

Hinzufügen wollen wir, daß außer diesem Vorkommnis alle Wahlbureaus der andern Parteien, außer der U. S. P., in gleicher Weise gestürmt worden sind, so die Druckereien, in denen Stimmzettel für die Parteien hergestellt wurden. Alles Material, was die Helden in die Hände bekamen, wurden vernichtet, sowie allen Zeitungen, außer der „Leipziger Volkszeitung", das Erscheinen untersagt.

Auch wir in Halle können ein Lied von der Unterdrückung unserer Wahlarbeit singen. Wir kommen darauf in den nächsten Tagen noch ausführlich zurück und werden zeigen, wie gerade uns alle Wahltätigkeit vor und bei der Wahl erschwert wurden. Aus Gotha, wo gleichfalls die Unabhängigen dominieren, wird gleiches gemeldet.

Im großen und ganzen haben die Unabhängigen bei den Wahlen recht kläglich abgeschnitten. Dort aber, wo der Ausfall der Wahlen für sie etwas günstiger ist, ist mit Mittel gearbeitet worden, wie wir sie in der vorrevolutionären Zeit nur bei den Junkern in Ostelbien kannten und die wir als Sozialdemokraten immer gebrandmarkt und aufs heftigste bekämpft haben. So werden wir es auch in Zukunft halten, gleich, von welcher Seite diese Methoden angewendet werden.

Die Gründe für die Einberufung der Nationalversammlung nach Weimar.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat die Reichsleitung den Beschluß gefaßt, die Nationalversammlung in Weimar tagen zu lassen. Die Gründe, die zu diesem Beschluß führten, sind nicht ganz unbekannt. Die Reichsregierung fühlt sich dafür verantwortlich, daß die Nationalversammlung, der die ungeheure Aufgabe des Neuaufbaus zufällt, unter allen Umständen ungestört tagen kann. Die Erfahrungen, die man mit dem Kongreß der A.- und S.-Räte gemacht hat, vor dessen Hause die Demonstrationszüge rollten und in deren Beratungssaal die Deputationen mit diktatorischen Forderungen eindrangen, sprachen gegen Berlin. Der wahnsinnige Spartakusputsch, deren Niederwerfung notwendig war und nur mit schmerzlichen Opfern erreicht werden konnte, hatte die gegen Berlin sprechenden Gründe noch wesentlich verstärkt.

Der Vorwärts schreibt dazu:

Wir bedauern im Interesse Berlins den Beschluß der Reichsleitung aufs tiefste. Das einzige, was uns mit ihm aussöhnen kann, ist der Umstand, daß es sich keineswegs um eine dauernde Verlegung des Reichszentrums aus Berlin heraus handelt. Daß die Gefahr einer solchen Verlegung nahegerückt ist — obwohl sie von der jetzigen Regierung nicht beabsichtigt ist — soll man allerdings nicht verkennen. Die arbeitende Bevölkerung Berlins wird einsehen müssen, daß sie sich ins eigene Fleisch schneidet, wenn ein Teil von ihr durch Ablehnung von Bekenntnis zur Demokratie und durch Neigung zu diktatorischen Gewaltmethoden den guten Ruf Berlins untergräbt und seine Stellung als Reichshauptstadt gefährdet.

Die Zerschlagung Preußens.

Der Verfassungsentwurf für das Deutsche Reich sieht keinen Vizepräsidenten vor. Der Präsident soll auch 10 Jahre in direkter Wahl vom Volke gewählt werden. Preußen wird zerschlagen. An der Spitze der Bundesrepubliken, in die es zerlegt wird, steht die Republik Berlin mit ungefähr 10 Millionen Einwohnern, umfassend die Stadt und Landkreis Groß-Berlins. Dann soll sich anschließen eine Republik Preußen, umfassend Ostpreußen, Westpreußen und den Kreis Bromberg, eine Republik Schlesien, die auch die Provinz Posen, die Sudetenländer und Ostböhmen umfaßt; die Republik Brandenburg, umfassend die Provinz Brandenburg ohne die zu Groß-Berlin gehörigen Teile, die Provinz Pommern, die Altmark und beide Mecklenburg. Dann Republik Niedersachsen, umfassend Hannover, Schleswig-Holstein, Oldenburg und Braunschweig; Republik Westfalen, umfassend die Provinz Westfalen, den Kreis Schaumburg, beide Lippe und Waldmont; Republik Hessen, umfassend Hessen-Nassau und das Großherzogtum Hessen; Republik Rheinland, umfassend die Rheinprovinzen, die bayerische Pfalz und das Fürstentum Birkenfeld.

Der Regierungsbezirk Erfurt soll zu Großthüringen kommen, Bielefeld soll ebenso wie Berlin reichsunmittelbar werden. Die anderen Teile von Thüringen sollen entweder zu Schlesien oder zum Bundesstaat Oberschlesien oder zu Bayern kommen. Außerdem soll ein Bundesstaat Deutsch-Oesterreich konstruiert werden.

Preußens Widerstand gegen den Entwurf der neuen Reichsverfassung.

Gegen den heute veröffentlichten Entwurf einer neuen Reichsverfassung sind, wie die P. P. R. erfahren, von preußischer Seite recht erhebliche Bedenken geltend gemacht worden. Das preußische Staatsministerium hatte zu Mittwoch Vertreter verschiedener Ressorts zu einer Vorbesprechung eingeladen. Das preußische Staatsministerium in seiner Gesamtheit wird am Freitag dazu Stellung nehmen. Insbesondere richtet sich die Kritik gegen die Bestimmung, daß einzelne Landesteile das Recht erhalten sollen, sich von ihren Einzelstaaten loszulösen und durch Volksabstimmung einen neuen Staat zu bilden.

Die provisorische Neuregelung der Kommandogewalt.

Ein Erlaß der Regierung, der in den nächsten Tagen publiziert wird, wird die vorläufige Kommandogewalt im Friedensheere, die Bestimmungen über die Anzüge und Rangabzeichen der Vorgesetzten, die Regelung des Grußes in der Armee und die Wahl von Mannschaften in Offiziersstellen ordnen.

Aufforderung des Zentralrates um Angabe der Adressen.

Berlin, 22. Januar. An alle Zentralrate der Bundesstaaten, der Provinzen und Kommandozentralen. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik bittet alle Zentral-Arbeiterräte, Provinzarbeiterräte und die Soldatenräte der Armeekorps und sonstigen größeren Verbände um umgehende Mitteilung ihrer Adressen. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, Max Cohen.

Auf zur Wahlarbeit für den 26. Januar.

Parteigenossen! Freunde unserer Sache!

Den herrlichsten Sieg in der Geschichte der Sozialdemokratie haben wir am 19. Januar errungen. Auch in unserem Bezirk haben wir ein vollauf befriedigendes Resultat erzielt. Besser noch wäre es gewesen, wenn wir genügend Kräfte zur Wahlarbeit, überall Stimmzettelverteiler, gehabt hätten. Daran hat es gefehlt. Das muß am kommenden Sonntag anders sein. Das letzte Lokal müssen wir besetzen. Scheue niemand die Mühe; ein jeder stelle sich um der Sache willen zur Verfügung; im Bezirke bei den in Betracht kommenden Funktionären. Auskunft erteilen dort die Wahlleiter der acht Kreise. In Halle im

Wahlbüro, Harz 42/43, Zimmer Nr. 12.

Wir bitten nochmals alle, sofort ihre Adresse im Wahlbureau niederzulegen und erwarten, daß am kommenden Sonntag, angesichts des glänzenden Resultates vom ersten Wahltag, doppelt so viel Helfer zur Verfügung stehen als am 19. Januar.

Die wackige Einheit der Alliierten.

In der Kammer erklärte Clemenceau bezüglich des Communiques über die Sitzungen der Alliierten, er bitte zu berücksichtigen, daß es nicht im Interesse der Alliierten liege, Deutschland darüber zu informieren, in welchen Punkten die Ansichten der einzelnen alliierten Regierungen differieren. Einigung zwischen den Alliierten müsse um jeden Preis erzielt werden, damit man bei der Friedenskonferenz der deutschen Regierung geschlossen gegenüberstehe.

Aus den Kohlenrevieren.

In den Kohlenrevieren, im Kohlenversandbezirk der rheinisch-westfälischen Zechen macht sich ein starker Mangel an Eisenbahnwagen bemerkbar. Die Wagenstellung in Höhe von 10 768 Wagen am 18. Januar 1919 ist erheblich hinter dem tatsächlichen Bedürfnis zurückgeblieben. Außerdem wird auch im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet wieder gestreikt. Es streiken heute etwa 7000 Mann aus den Zechen Deutscher Kaiser, Shamrock und Gneisenau.

In Oberschlesien waren am 18. Januar 3036 Wagen gestellt worden. Für heute, Montag, waren 2776 Wagen angefordert, von denen jedoch der größte Teil wieder abbestellt worden ist. Der Grund hierfür liegt darin, daß in Oberschlesien der Streik wieder erhebliche Ausdehnung gewonnen hat. Bisher liegen aus Oberschlesien Streikmeldungen von zwei Dritteln der Gruben vor. Auf den fiskalischen Bergwerken wird noch gearbeitet.

Einstellungszwang für Schwerkriegsbeschädigte.

Als eine Maßnahme von großer sozialer Bedeutung im Interesse der Kriegsbeschädigten stellt sich eine Verordnung des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilmachung vom 9. Januar 1919 dar, die den Einstellungszwang für Schwerbeschädigte verfügt. Nachdem bereits auf Grund einer vorbereitenden Verordnung vom 4. Jan. Schwerkriegsbeschädigte bis zum Inkrafttreten der Verordnung über die Regelung des Beschäftigungszwanges der Schwerbeschädigten nicht entlassen werden durften, steht die neue gesetzliche Regelung im § 1 der Verordnung vom 9. Januar vor, daß alle öffentlichen und privaten Betriebe, Büros und Verwaltungen verpflichtet sind, auf je hundert insgesamte vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts mindestens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen. In der Landwirtschaft gilt Vorstehendes im Zahlenverhältnis 1 : 50. Schwerbeschädigte im Sinne dieser Verordnung sind alle Personen, die auf Grund des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. 5. 1916 wegen einer Dienstbeschädigung eine Militärrente von 50 oder mehr von Hundert der Vollrente bezieht. Die Durchführung der Vorschriften über die Beschäftigung Schwerbeschädigter soll von den Demobilmachungskommissaren, oder von denen die allgemeine Dienstaufsicht ausübenden Behörden im Benehmen mit den Hauptfürsorgeorganisationen der Kriegsbeschädigten-Fürsorge ständig überwacht werden. Schwerbeschädigte dürfen nur nach Anhörung der beteiligten Arbeitnehmerausschüsse und nur nach Innehaltung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist entlassen werden. Private Arbeitgeber, die sich schuldhaft dem Einstellungszwang entziehen, können mit einer Buße bis zu 10 000 Mark belegt werden.

Kurze Nachrichten.

Der Sonnerstag in Deutschland. Die Zahlen der Todesfälle sind weit höher als bisher angenommen wurden. Es hat sich das erschreckende Resultat ergeben, daß mehr als 500 000 Todesfälle allein auf die Lebensmittelschwierigkeiten zurückzuführen sind. Die Feststellungen sind mit der größten Vorsicht getroffen worden, und die Endsumme ist eher zu klein als zu groß.

Der bisherige Vorsitzende des Hamburger A.- und S.-R., der Unabhängige Dr. Lauffenberg, ist zurückgetreten.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Nachdem nun die Wahlen zur Nationalversammlung stattgefunden haben und ein ungefähres Bild über die Zusammensetzung der verfassunggebenden Versammlung sich darbietet, ist es auch notwendig, mal einen Blick auf die ungeheuren Aufgaben, die ihrer harren, zu werfen. Da ist vor allem die Schöpfung einer neuen Verfassung, der Wiederaufbau der Volkswirtschaft und der Volkskraft, die Erneuerung der geistigen Kultur und der Erziehung des deutschen Volkes und schließlich als das Allerdringendste, die endgültige Abwicklung des Krieges. Wer vermag zu sagen, welche von diesen Aufgaben die schwierigste, die riesenhafteste ist?

Mit der Friedensfrage jedenfalls sieht es trüb genug aus. Die Verlängerung des Waffenstillstandes ist von der Entente nur unter Bedingungen bewilligt worden, die geradewegs auf eine Vernichtung der letzten Reste der Produktivkraft Deutschlands abzuzielen scheinen. Eine Ablieferung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten ist uns auferlegt worden, die den landwirtschaftlichen Produktionsprozeß mit der allergrößten Gefahr bedroht und uns die angenehme Aussicht eröffnet, noch viele Jahre lang entweder zu hungern oder von der Gnade der Entente zu leben. Für alle Proteste, Beschwerden, Klagen und Bitten der deutschen Waffenstillstandskommission hat der Oberkommandierende der Entente im günstigsten Fall Schweigen als einzige Antwort zur Verfügung. Oft und oft aber gefällt er sich in beleidigendem Spott und bitterem Hohn.

Auch die Verhandlungen über den Vorfrieden haben unter wenig günstigen Vorzeichen ihren Anfang genommen. An Stelle der Aufhebung aller Geheimdiplomatie, die die Entente so feierlich auf ihrem Programm hat, ist die Geheimhaltung der Verhandlungen getreten, und von der Teilnahme an den Verhandlungen über den Vorfrieden sind die besiegten Staaten ganz und gar ausgeschlossen. Man will eben einen Frieden diktieren, ohne sich auf irgendwelche Erörterungen einzulassen, da wäre die Anwesenheit von Vertretern der gesiegelnden Völker höchstens störend und würde unter Umständen vielleicht sogar von den triumphierenden, siegestrunkenen Staatsmännern des feindlichen Bundes höchst peinlich empfunden. Wenn man noch diesen Vorzeichen urteilen darf, so werden wir entsetzliche Friedensbedingungen erwarten müssen, und mit dem Schriftstück, auf dem Wilsons 14 Punkte verzeichnet sind, werden wir bald genug wegen Mangels an nützlicherer Verwendung unsere Wände tapezieren können.

Wehrlos muß das deutsche Volk dem zusehen, und kaum gibt es Hoffnung, aus diesem Meer des Leidens wieder aufzutauchen. Wenn ein Fünkchen Hoffnung dennoch in dem Aschendunsen unseres nationalen Daseins versteckt und knöchtern glimmt, so nur deshalb, weil die Wahlen gezeigt haben, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes Freiheit und Pflicht in gleichem Maße liebt und beidem in gleicher Weise gerecht zu werden entschlossen ist. Das ist nur ein schwacher Trost, aber es ist doch immerhin ein Trost in dieser Trübsal, und darum wollen wir die Wahlen vom 19. Januar 1919 dankbaren Herzens in den Büchern der deutschen Geschichte aufzeichnen

Parteinachrichten.

Wie man ehemalige Kampfesgenossen behandelt. Am Abend vor der Wahl hatten sich in Hanau, wie erst jetzt bekannt wird, empörende Vorfälle gegen den Führer der Hanauer Sozialdemokratie, den früheren Reichstagsabgeordneten Genossen Hoch, abgespielt. Hoch sollte am Sonnabend abend in einer Versammlung der Angestellten sprechen. Der Saal war von Unabhängigen und Spartakiden besetzt. Unter diesen Umständen verzichtete die Leitung auf Abhaltung der Versammlung. Als Hoch das Lokal verließ, wurde er mit den Worten: Bluthund, Volksverräter usw. empfangen. Ein Mann schlug den Abgeordneten ins Gesicht. In der Wohnung eines Schlächters fand Hoch Aufnahme, wo er ohnmächtig zusammenbrach. Nun wurden die Fenster eingeschlagen und Hoch herausgeholt. Er wurde schwer mißhandelt und mit dem Gewehrkolben auf die Brust gestoßen. Zwei Mann der Arbeitersichtwehr führten ihn nach dem Gewerkschaftshaus und lieferten ihn im Unabhängigen Wahlbureau ab. Hier mußte er sich in die Ecke setzen. Erst durch das Dazwischentreten eines Mitgliedes des Soldatenrats und eines Führers der Unabhängigen wurde Hoch, nach seiner Wohnung geschafft. An den Mißhandlungen haben sich auch Frauen beteiligt. — Und gerade Hoch ist immer einer von denen gewesen, die auf dem linken Flügel unserer Partei standen und der Versöhnung das Wort redeten, abgesehen davon, daß er jahrzehntelang für die Arbeiterbewegung gekämpft hat. Die Gemeinheit schreckt heute vor nichts mehr zurück.

Halle und Saalkreis.

Halle, 23. Januar 1919.

Die Wahlen zur preußischen Nationalversammlung.

Die Wahlen zur preußischen Nationalversammlung finden am nächsten Sonntag statt. Da der Entwurf der deutschen Reichsverfassung, dessen Inhalt wir wiedergaben, eine Zerlegung Preußens in Aussicht nimmt, dürfte die preußische Nationalversammlung nur ein Provisorium werden; an ihre Stelle werden die Nationalversammlungen der auf preußischem Gebiet zu bildenden Freistaaten treten, die dann ihre Verfassung im Rahmen der Reichsverfassung zu regeln haben werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190123-15/fragment/page=0002

Die gewaltige Bedeutung der preußischen Nationalversammlung besteht darin, daß sie berufen sein wird, diesen [illegible] Uebergangsprozeß so reibungslos wie möglich zu gestalten. Daß dabei die eine Mehrheit, die fest auf dem Boden der Republik und der Demokratie steht und preußisch-partikularistischen Einflüsterungen unzugänglich ist, Eine Ueberrumpelung durch die reaktionären sogenannten „Volksparteien" [illegible] zu den schwersten Erschütterungen zur Folge haben.

Es muß deshalb dafür gesorgt werden, daß die Sozialdemokratie in der preußischen Nationalversammlung noch stärker wird als in der deutschen Nationalversammlung. Die Genossinnen und Genossen müssen sich deshalb an die Arbeit machen, und am nächsten Sonntag womöglich ein noch besseres Ergebnis zu erzielen, als es am vergangenen erzielt worden ist.

Die Demokratie wird das Volk daran gewöhnen, sich öfters zu Wahlen und Abstimmungen zu versammeln, als das unter dem alten Obrigkeitsstaat der Fall war. Die besten Aussichten hat dann die Partei, die den längsten Atem hat, deren Anhänger aufs treueste und gewissenhafteste ihren staatsbürgerlichen Pflichten nachkommen. Weniger denn je darf die sozialdemokratische Partei ein loser Haufen sein, der sich mur ab und zu in längerer Zeit unter einer gemeinsamen Parole vereinigt, um dann wieder auseinanderzulaufen. Wir müssen fest zusammenbleiben, und der nächste Sonntag muß uns wieder an der Arbeit sehen!

Der Streik der Eisenbahner beendigt.

Gestern berichteten wir über den Streik, die Versammlung und den Demonstrationszug der Eisenbahner. Der Streik ist bereits wieder beigelegt, die Arbeiter haben die Arbeit Mittwoch früh aufgenommen, nachdem ihre Forderung die Beseitigung des Betriebsstättenmeisters Schimmel und des Rechnungsrates Mathes, von der Direktion angenommen wurde. Zu einer Einstellung des Personenverkehrs ist es nicht erst gekommen und jetzt ist der gesamte Betrieb wieder in vollem Gang. Hier haben nun die Eisenbahner das erstemal von dem Streikrecht, daß ihnen die Revolution gegeben, mit Erfolg Gebrauch gemacht.

* **Keine Wählerversammlung im Goldenen Hirsch.** Bei der im gestrigen Inseratenteil angezeigten Wählerversammlung ist ein Irrtum insofern unterlaufen, als der Ort der Versammlung ausgeblieben ist. Die Versammlung findet nicht in Halle, sondern in Weißenfels statt.

* **Weitere Einschränkungen des Bahnverkehrs.** Obwohl der Verkehr der Personen- und Schnellzüge schon bisher zum Nachteile aller, die auf Benutzung der Eisenbahn angewiesen sind, überaus stark eingeschränkt war, so sieht sich die Staatseisenbahnverwaltung doch gezwungen, abermals weitere empfindliche Einnehmen. Sie treten bereits am 23. Januar in Kraft. Von diesem Tage ab werden im ganzen Deutschen Reiche kaum noch ein Dutzend Schnellzüge verkehren. Der Grund zu diesen schweren, für das ganze Wirtschaftsleben äußerst nachteiligen Maßnahmen ist in erster Linie die unaufhaltsame Abgabe leistungsfähiger Lokomotiven an die Ententemächte. Ebenso erhöht sich die Zahl der schadhaften Lokomotiven infolge geringerer Arbeitsleistungen der Werkstätten stetig. Die Menge betriebsfähiger Lokomotiven und Wagen nimmt von Tag zu Tag in rascher Weise ab. So sehr die Wirtschaftslage auch eine Besserung verlangt, sie ist nur möglich, wenn die Ententemächte bei der Uebernahme der Betriebsmittel billige Rücksicht walten lassen, und wenn die Arbeiterschaft in den Reparaturwerkstätten die Wiederherstellung der schadhaften Lokomotiven und Wagen mit allen Mitteln betreibt.

* **Zum Verschwinden des Geldbriefträgers Schlegel.** Dem von seinem Bestellgange am 6. Januar nicht zurückgekehrten Geldbriefträger Schlegel waren an diesem Tage unter anderem ein Geldbrief mit 50 Mark Wertangabe aus Berlin NW. 6 und eine Nachnahmesendung mit 1.40 Mark aus Leipzig an Ullrich zur Bestellung überwiesen worden. Die Empfänger der beiden Sendungen, die bisher nicht haben ermittelt werden können, oder Personen, die über eine in den Straßen Torstr., Vereinsstraße, Wegscheidedstr., Wörmlitzer Straße, Geseniusstr., Mittelstr., Röntgenstr., Rösigerstr., Ludwigstr., Thalkirchstr., Leostr., Böllberger Weg, Weingärten, Saalberg und Unterplan wohnende Persönlichkeit namens „Ullrich" Auskunft geben können, werden im Interesse der Aufklärung der Angelegenheit gebeten, sich auf dem Polizeiamt 1, Gr. Steinstr. 72, im Amtszimmer zu melden. Die Familie Ullrich, Weingärten 26, kommt nicht in Betracht."

Das Volksblatt orakelt.

* Gestern stellt das Volksblatt in seiner Hauptüberschrift fest: Das Bürgertum beherrscht die Nationalversammlung. Und darunter setzt es: Etwa 230 Bürgerliche gegen 200 Sozialdemokraten. Tatsächlich sieht es aber nicht so schlecht aus. Wir wissen nicht, was das Volksblatt veranlaßt hat, so schwarz zu malen. Wir wollen uns auch nicht den Kopf darüber zerbrechen. Wir wollen nur feststellen, daß die Rechnung des Volksblatts nicht stimmt, nicht stimmen kann. Nach des Volksblattrechnung wären in der Nationalversammlung 430 Abgeordnete; tatsächlich sind aber nur 421 gewählt worden. Wohl waren 433 Abgeordnete vorgesehen, da aber die Franzosen in Elsaß-Lothringen nicht wählen ließen und somit 12 Vertreter ausfallen, wird die Nationalversammlung nur 421 Vertreter haben. Vielleicht noch weniger, denn wir wissen nicht, wieweit auch in Posen die Wahlhandlung beeinflußt wurde. Nehmen also die beiden sozialdemokratischen Fraktionen 200 Vertreter, so werden ihr nur ganz wenige Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlen und mit der Beherrschung der Nationalversammlung durch das Bürgertum wird es nicht weit her sein. Aber über das hinaus ist uns noch ein anderes wichtig, und zwar, daß das Volksblatt schreibt: 200 Sozialdemokraten und dazu auch die 167 Rechtssozialisten zählt. Wir stellen das mit Genugtuung fest und freuen uns darüber, daß das Volksblatt auch mal anders kann als uns immer nur als Gegenrevolutionäre und Verräter des Sozialismus und der Arbeiterklasse zu beschimpfen, die keine Sozialdemokraten mehr sind. Wir können hier aber dem Volksblatt versichern, daß wir auch ohne diese Anerkennung immer und in alle Zukunft, wie wir es bisher stets getan haben, unsere Pflicht als wahre Sozialdemokraten erfüllen werden.

Konferenz der A.- und S.-Räte im Bezirk Merseburg.

Der Bezirksarbeiterrat beruft für den 29. Januar nach dem Volkspark in Halle eine Konferenz der A.- und S.-Räte im Bezirk Merseburg ein. Die Tagesordnung enthält die Punkte: Die allgemeinen Aufgaben der A.- und S.-Räte, die Sozialisierung der Großbetriebe, Errichtung von Betriebsräten, Einbeziehung der Kleinbetriebe.

Sitzung des Soldatenrates.

In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung wurde zuerst ein Bericht der Mandatsprüfungskommission gegeben, wonach im neuen Soldatenrat 160 Vertrauensleute sitzen gegen 60 im alten. Den Lazarettkranken wurden auf ihren Antrag drei Sitze im Soldatenrat gewährt. Die neu gewählte, aus den Kameraden Ferchland, Schnabel, Dies, Schulze und Bernhardt bestehende Militärkommission wurde bestätigt. Kam. Ferchland als Vorsitzender dieser Kommission erstattet Bericht über Verhandlungen mit der Regierung über die Bildung einer Volkswehr. Ferchland führte aus, daß sich in dieser Frage die Ansicht der Regierung mit der des hiesigen Soldatenrates decke. Er unterstützt die Angelegenheit, die die Anregung zur Bildung einer Volkswehr gab, näher. Er wies darauf hin, daß in jener Zeit vielfach die Ansicht geäußert wurde, die Sicherheitstruppen bilden nicht genügende Sicherheit und daß darum die Artillerie glaubt, durch Heranziehung von Freiwilligen sich verstärken zu müssen, um die Sicherheit zu gewährleisten. Nachdem der Irrtum aufgeklärt und der Wachtdienstbetrieb anders geregelt wurde, auch der Soldatenrat bewiesen, daß er die Garnison fest in der Hand habe, sei eine Verständigung mit der Artillerie erzielt worden. Noch vor der Verständigung sei von der Regierung, die von den Vorgängen in Halle erfahren habe, daß aus den Freiwilligen eine Volkswehr gebildet werden könne. Durch die erzielte Einigung mit dem Artillerie-Regiment und die erfolgte Entlassung der Freiwilligen war inzwischen der Befehl der Regierung überholt und eine aus Vertretern der Artillerie und des Soldatenrats zusammengesetzte Kommission fuhr nach Berlin und erreichte bei der Regierung ohne jegliche Schwierigkeiten die Zurücknahme ihres Befehls. Hierbei betonte Ferchland, daß sich die Kommission auch davon überzeugt habe, daß die Leitung der Militärmacht nicht gegenrevolutionär sei. Nach dem Bericht ist diese Angelegenheit für Halle erledigt. Seitens der Regierung wurde bei den Verhandlungen mit der Kommission zum Ausdruck gebracht, der Soldatenrat möge die Werbearbeit für den Grenzschutz Ost unterstützen. Auch die Frage der Kommandogewalt wurde geklärt. Für Halle habe sie die 8. Infanterie-Division unter Kontrolle des Soldatenrats auszuüben. Nach Ferchlands Bericht bestehen keine Differenzen zwischen der 8. I.-D. und dem Soldatenrat. Schließlich brachte Kam. Fertig noch die Ermordung Rosa Luxemburgs und Liebknechts zur Sprache. Die Tat fand einmütige Verurteilung, wenn auch der größte Teil des Soldatenrats die Politik zur zweiten Revolution in tragische Weise geendeten nicht gutheißen konnte. Folgende Entschließung wurde in dieser Frage einstimmig angenommen: „Ohne Rücksicht auf die politische Meinung drückt der Soldatenrat sein Bedauern über das Vorgehen der an dem Tod der Berliner Revolutionsopfer Schuldigen aus und verlangt deren Bestrafung."

* **Zwei Wagen abhanden gekommen.** Am 12. d. Mts. sind auf dem Güterbahnhofe an der Militärrampe zwei der Garnisonverwaltung gehörige Handwagen stehen geblieben und abhanden gekommen. Es sind ein grauer Tafelwagen mit Seitenbretern und der Aufschrift Garnisonverwaltung „Halle" und ein blaugestrichener Kastenwagen. Wer über den Verbleib der Wagen Angaben machen kann, wolle sich bei der Kriminalpolizei, Drehhausstraße 4, Zimmer 36 oder 37, melden.

* **Kleinbrand.** Ein Wächter der Halleschen Wach- und Schließgesellschaft entdeckte in der verflossenen Nacht gegen ½1 Uhr in einem Grundstück der unteren Leipziger Straße ein ausgebrochenes Feuer, welches wahrscheinlich durch unvorsichtiges Wegwerfen von Streichhölzern oder brennenden Zigarren entstanden war. Er alarmierte sofort die Feuerwehr, der es gelang, den Brand noch mit Handfeuerlöschern in kurzer Zeit zu beseitigen.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, findet die Erstaufführung von Pfitzners Musikdrama „Der arme Heinrich" statt. Freitag „Carmen". Sonnabend nachmittag zum letzten Male „Schneewittchen", abends „Die Rose von Stambul". Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen „Stradella", komische Oper von Flotow, abends 7½ Uhr, wird „Der arme Heinrich" zum ersten Male wiederholt.

Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, den 26. Januar, abends 7½ Uhr, unter der Spielleitung von Eugen Leuscher das Lustspiel „Komtesse Guckerl" von Schönthan und Koppel-Ellfeld zur Aufführung.

Der Kleinhandelspreis für Kartoffeln wird ab Montag, den 27. Januar, von 9½ Pfg. auf 10 Pfg. für das Pfund erhöht. Die geringe Preiserhöhung ist dadurch veranlaßt, daß den Erzeugern, welche die Kartoffeln jetzt liefern, wegen des starken Schwundes eine Aufbewahrungsgebühr bewilligt werden mußte.

Städtischer Verkauf von Eiern in der Talamtschule am Freitag für die Lebensmittelscheine 38 001—39 800 vormittags von 8—12 Uhr und 39 801—43 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für die Person wird ein Ei zum Preise von 42 Pfg. abgegeben.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Freitag für die Lebensmittelscheine 48 001—50 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und 50 001—51 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person werden 55 Gramm zum Preise von 25 Pfg. abgegeben.

Höchstpreise für Bonbons: 580—720 Mk. für das Pfund und 1100—1440 Mk. für 100 Kilogramm (R. G. Bl. S. 1471) beim Verkauf an den Verbraucher.

Butterhandel. Die Kleinhändler, welche zum Verkaufe von Butter neu zugelassen worden sind, haben ihren Wochenbedarf nach Abschluß der Kundenliste bei einem der folgenden Großhändler anzumelden: Paul Lindhauer, Kl. Ulrichstr. 18a, R. Jacobi, Drehhausstr. 2, O. Gottschalk, Gr. Ulrichstr. 27, F. H. Kraule, Landsbergerstr. 3, P. Herlitz, Steinweg 19a, A. Kränzel, Kl. Ulrichstraße 24, H. Biermann, Volkmannstr. 1.

Aus der Provinz.

Merseburg. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend früh am hiesigen Schlosse. Der dort auf dem Dache des Vorschlosses beschäftigte 30jährige Dachdecker Otto Tschöckel stürzte vier Stock hoch herab und war sofort tot.

Hohenmölsen. Demonstrationsstreik und Umzug. Auch hier veranstalteten die Unabhängigen eine Demonstration gegen die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs. Ein aus 1200 Teilnehmern bestehender Zug setzte sich ½2 Uhr von Zeitzch aus mit Musik in Bewegung. Nachdem er Zeitzch und Hohenmölsen durchzogen hatte, endigte er auf dem Marktplatze. Hier wurde eine rechte unabhängige Ansprache gehalten, worauf man sich nach dem „Schützenhaus" begab und aus übergroßer Trauer über den tragischen Tod der beiden proletarischen Kämpfer ein — Tänzchen veranstaltete.

Schleudig. Unabhängiger Wahlterror. Man schreibt uns: Einen netten Beitrag dazu, wie die U. S. P. D., wenn sie zur Macht gelangt, in der neuen Republik gewillt ist, die Ueberzeugung anderer und die Meinungsfreiheit überhaupt zu achten, liefert das Verhalten weiter Kreise der Unabhängigen in Schleudig am Wahltage, hauptsächlich unseren Stimmzettelverteilern gegenüber. Es scheint doch nicht ganz so zu sein, wie der Schleudiger Generalissimus der Unabhängigen sich vor der Wahl zu äußern beruft hat: „Mit den zwei Männelens werden wir bald fertig! — Wozu dann die Aufregung?" Unsere Genossen mußten sich bei dem Verteilen der Stimmzettel die rüdesten Anpöbeleien, die wüstesten persönlichen Verunglimpfungen gefallen lassen. Um Tätlichkeiten zu entgehen, mußten sogar unsere Genossen von den Wahllokalen „Sonne" und „Bahnhofshotel" zeitweise ihre Tätigkeit einstellen. Ganz hervorragendes im Beschimpfen unserer Genossen leistete sich Herr Julius Galle, zurzeit Vorsitzender des Bezirks Schleudig der U. S. P. D., Stadtverordneter usw., der jedenfalls den ihm nun einmal fehlenden Intellekt auf diese Weise auszugleichen und damit gleichzeitig seine Befähigung zu diesen diversen Posten nachzuweisen sucht. Hatten so die Leiteren, als die „Bernsteinlinken", den Anstand gelehrt, so konnte man sich natürlich über das Gebahren der unabhängigen Jugend nicht wundern, die gegen Abend auf die Wähler losgelassen wurde und das Feld beherrschte. Der Pöbler tun, instruierte, wahrscheinlich um die Wahl seiner Frau Mama zu sichern, die auf der Kandidatenliste der Unabhängigen steht, seine die Tür zum Wahllokal dem „Ratskeller" dicht belagernden Jugendgenossen dahin: „Nehmt ihnen (den Wählern) die anderen Stimmzettel weg!" Erst auf Protest eines anderen Wahlbeisitzers fühlte er sich veranlaßt, seine Worte soweit abzuschwächen: „Nicht wegnehmen, nur ordnen!" — Und diese selben Leute haben früher einmal über die Wahlbeeinflussungen durch die Konservativen bitter Klagen geführt!!! Wenn zwei dasselbe tun — — — —.

Naumburg. Städtischer öffentlicher Arbeitsnachweis. Alle Arbeitgeber haben im Interesse der Beschaffung von Arbeit die dringende Verpflichtung, jede freie Stelle dem öffentlichen Arbeitsnachweis, Seilergasse 6/10, Zimmer Nr. 12, sofort zu melden. (Fernsprecher Nr. 750.) Anforderungen von Arbeitskräften sollen ausschließlich durch den öffentlichen Arbeitsnachweis gehen.

Naumburg. Versammlungsarbeit. In der Woche vor der Wahl wurden Versammlungen abgehalten in Kösen, Flemmingen, Hassenhausen, Droyßig, Schellsitz, Mertendorf und Menßen. Referiert wurde von den hiesigen Genossen Gruneert, Teichmann, Fuhrmann, Winkler, Kühl, Manthey und Seppelt. Die Wahlergebnisse zeigen, daß die Arbeit Erfolg gehabt hat. In unseren schwärzesten Vierteln haben wir Stimmen erhalten, die alle Erwartungen bei weitem übertroffen. — Ferner wurden außerhalb unseres Kreises Versammlungen abgehalten in Lauche, Vibra, Eckartsberga und Stößen. In Lauche, Vibra und Eckartsberga referierte Genosse Winkler. Es waren bis an 500 Personen erschienen. In Vibra und Eckartsberga wurden Ortsvereine gegründet. In ersterem Orte verhandelten sich 80, in letzterem 60 Personen als Mitglieder.

Aus dem Reiche.

Berlin. Eisenbahnunglück. Montag abend 7 Uhr fuhr der D-Zug 40 vor Bahnhof Niederdodeleben auf den infolge falscher Weichenstellung in das Einfahrtsgleis rückenden Güterzug 113. Ein Eisenbahnbediensteter ist tot, zwei leicht verletzt. D-Zug 40 wurde mit vier Stunden Verspätung nach Braunschweig weitergeleitet.

Vermischtes.

— **Ein Kunststück.** Dem französischen Flieger Vedrine gelang es auf der Dachterrasse der Galerie Lafayette niederzugehen. Dadurch gewann er den Preis von 25 000 Frank, der für den ersten Flieger ausgesetzt war, dem es gelingen würde, auf dieser 14 Meter breiten Terrasse zu landen. Das Flugzeug Vedrines mißt 12 Meter. Vedrine erklärte, er bereite einen Flug um die Welt vor.

Humor im Wahlkampf. Im Anzeiger für Aschersleben findet man folgendes Inserat

Höfliche Bitte!

Anhänger sozialistischer Parteien haben am Sonntag — trotz ihrer sonstigen Abneigung gegen Eroberungspolitik — unseren Reklamewagen erobert und den Umzug nach ihrem Programm fortgesetzt. Wir erkennen an, daß sie sich am Schlusse für die „freundliche Ueberlassung" unseres Wagens bedankt haben, geben indes zu bedenken, daß durch die Fortsetzung unserer Fahrt durch andere Parteien Schwierigkeiten in der Regelung der Kostenfrage entstehen und bitten daher, sich in Zukunft mit uns zwecks Vornahme gemeinsamer Veranstaltungen vorher in Verbindung zu setzen.

Deutsche demokratische Partei.

Welche sozialistische Partei den Wagen requirierte, geht aus der Bitte nicht hervor, aber man muß anerkennen, daß die Herren von der Deutschen demokratischen Partei sich auf gute Art mit dem kleinen Wahlunfall abfinden.—

Letzte Nachrichten.

Baldige Verbesserung unserer Lebensmittellage in Aussicht.

Reuter meldet aus London, daß in zwei bis drei Wochen deutsche Handelsschiffe unter der Kontrolle der Alliierten wieder auf See fahren werden, hauptsächlich um den früheren Feinden der Alliierten Lebensmittel zuzuführen. Die vom Obersten Kriegsrat ernannte alliierte Lebensmittel- und Schiffahrtskommission habe sich vor kurzem nach Trier begeben, wo sie mit der deutschen Abordnung zusammengekommen sei. Wegen des nicht geordneten Zustandes in Deutschland seien die Delegierten der Alliierten im Zweifel gewesen, ob irgend eine stabile Autorität vorhanden sei, um ein Uebereinkommen verbindlich abzuschließen. Aber die deutschen Delegierten hätten bewiesen, daß sie in der Lage sind, bindende Verpflichtungen einzugehen. Es sei beabsichtigt, daß Deutschland eine wesentliche Menge Lebensmittel, insbesondere Weizen, Fett und kondensierte Milch, kaufen und importieren darf. Die Konferenz in Trier sei als die erste Gelegenheit, bei der deutsche und deutsche Zivilisten seit Kriegsbeginn in Verhandlungen eintraten, bemerkenswert gewesen

Das Ende des polnischen Vormarsches.

Nach ganz zuverlässigen Meldungen aus Polen ist der polnische Vormarsch an der ganzen polnischen Front zum Stillstand gekommen. Die Polen sind 10 Kilometer vor Bromberg in ihrem Vorrücken Reißen geblieben. Thorn ist die jetzt überhaupt nicht bedroht. Der Druck des verstärkten und bisomal mobilisierten deutschen Widerstandes macht sich an der ganzen Front fühlbar.

Ende des Streiks der Berliner Elektrizitätsarbeiter.

Berlin, 22. Jan. In dem Elektrizitätsarbeiterstreik ist eine Einigung zustande gekommen. Berlin kann in kurzer Zeit mit dem Wiederbeginn der elektrischen Beleuchtung und für den späten Abend mit der Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs rechnen.

Bekanntmachung.

Für die am 26. Januar stattfindenden Wahlen

zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung wird auf folgende Punkte noch besonders hingewiesen: 1. Wahlberechtigt sind nach § 2 der Verordnung vom 21. Dezember 1918, Preuß. Gesetz-Sammlung Nr. 43, alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben. Wählberechtigt sind danach auch die in die Wählerliste eingetragenen nichtpreußischen Reichsangehörigen. 2. Angehörige des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar 1919 ab aus dem Felde heimgekehrt sind, werden nach § 1 der Verordnung vom 30. Dezember 1918, R. G. Bl. S. 1479, und § 1 der Verordnung vom 9. Januar 1919, Preuß. Gesetz-Sammlung S. 1, auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr dort zur Wahl zugelassen, wo sie sich am Wahltage aufhalten.

Halle, den 22. Januar 1919. Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190123-15/fragment/page=0003

Städt. Theater

Freitag, den 24. Jan. 1919.
Anf. 7½, Ende 10¼ Uhr:
Carmen.
Oper von Bizet.
Sonnabend nachm.:
Schneewittchen.
Sonnabend abend:
Die Rose von Stambul.

Thalia-Theater.
Gastspiel
des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 26. Jan. 1919,
abends 7½ Uhr:
Comtesse Guckerl.
Lustspiel von Schönthan und Koppel-Ellfeld.

Die Glocke
Sozialistisch. Wochenschau
Heft 50 Pf.,
im Abonnement, vierteljährlich 6.– Mk.,
empfiehlt die
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 10 Uhr.

Bio
Gr. Ulrichstr. 57.

Harry Higgs
der Meisterdetektiv
in seinem
15. Abenteuer
Der Gast aus der 4. Dimension
Detektiv-Roman
in 5 Akten.

Sozialistenmarsch, Marseillaise, Internationale u. a.
für Orchester, Klavier u. Chor
J. Günther Verlag
Dresden 10 [1844

Zur Konfirmation
empfehle
Stoffe, Seide, Voiles, Sabiton,
schwarz u. marineblau zu sehr ermäßigten Preisen
Partiewarengeschäft
S. Biletzky,
Leipzigerstr. 103, 1. Etage
Kein Laden. 1 Treppe

In freien Stunden
Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Vorsitzende: **Ebert, Scheidemann.**

Freitag, den 24. Januar 1919, abends 7½ Uhr

5 öffentliche Versammlungen.

1. **Oststädter Gesellschaftshaus, Züschdorferstr. 7,**
2. **Mozartsäle, Weidenplan,**
3. **Wilsdorfs Konzertsäle, Karlstraße,**
4. **Pfälzer Schießgraben,**
5. **Gastwirtschaft zum Lindenhof, Cröllwitz.**

Tagesordnung:

Auf zur Wahl zur Preußischen Nationalversammlung.

Redner: Die Kandidaten **Garbe, Kleeis, Drescher**-Halle, Lehrer **Schulz**-Schmiedeberg, Eisenbahner **Richter**-Brachstedt.

Freie Aussprache!

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Einberufer.

Wähler und Wählerinnen in Preußen

Die Wahlschlacht zur Nationalversammlung für das Deutsche Reich ist geschlagen. Sie hat im ganzen Reiche, mit wenigen Ausnahmen, mit einem **herrlichen Siege für die alte Sozialdemokratische Partei** geendet. Rund die **Hälfte aller Stimmen ist auf unsere Partei entfallen.** Demnach wird die Nationalversammlung eine Zusammensetzung erfahren, die **kapitalistisch reaktionären Bestrebungen niederhalten wird.** Für immer ist die

alte Kapitals- und Gewaltherrschaft im Reiche gestürzt.

Aber das Werk der Befreiung ist damit **noch nicht vollendet.** Es gilt noch, **auch in Preußen** sei es eine wichtige Wahlschlacht zu schlagen. Kommenden Sonntag, den 26. Januar, ist die

Wahl für die Preußische Nationalversammlung.

Da gilt es nun, auch **das alte reaktionäre Preußen** für immer verschwinden zu lassen. **Das alte Preußen** war der **Bremsklotz für jede freiheitliche Entwickelung** im Reiche. Jetzt soll es **eingereiht** werden in ein

neues, freies, sozialistisches deutsches Reich.

Nicht mehr Bremsklotz, sondern ein **mächtiger Hebel für Sozialismus und Demokratie** soll Preußen sein.

Wer das will,

muß **wissen,** daß die Wahlen zur Preußischen Nationalversammlung von größter Bedeutung sind.

Auf! Ans Werk!

Aus den Trümmern des alten Preußen soll wie ein Phönix aus der Asche ein herrliches Glied im Reichsganzen erstehen.

Helft alle daran mit, die ihr den Blick vorwärts und aufwärts richtet!

Helft am 26. Januar der Alten Sozialdemokratischen Partei das Werk **vollenden,** das am 19. Januar so herrlich **begonnen** wurde. **Hinter uns** liegt eine Zeit voll Schmerz und Trauer, Not und Sorgen die **Gegenwart** ist ernst und hart, aber eine bessere schönere **Zukunft** winkt uns.

Dem Volk

ist jetzt die Möglichkeit gegeben, sein Schicksal selbst zu schmieden.

In seiner eigenen Hand liegt seine Zukunft,

darum

Heraus! Zur Wahl!

Kandidaten der **Alten** Sozialdemokratischen Partei.
Vorsitzende: **Ebert — Scheidemann.**

Garbe, Hermann, Bezirksleiter, Halle.
Krüger, Richard, Geschäftsführer, Merseburg
Schrader, Heinrich, Arbeitersekretär, Erfurt.
Kleeis, Friedrich, Arbeitersekretär, Halle.
Richter, Friedrich, Eisenbahner und Kleinlandwirt, Brachstedt.
Schmidt, Hermann, Geschäftsführer, Nordhausen.
Schulze, Karl, Lehrer, Bad Schmiedeberg.
Leiphaus, Paul, Kaufmann, Erfurt.
Sollat, Frau, Martha, Wirtschafterin, Piesteritz.
Weickart, Hermann, Bezirksleiter, Zeitz.
Simberg, Hermann, Geschäftsführer, Erfurt.
Spenzler, Karl, Geschäftsführer, Bitterfeld.
Trivonax, Wilhelm, Geschäftsführer, Piesteritz.
Markewitz, Richard, Buchdruckereibesitzer, Mühlhausen i. Thür.
Dietrich, Otto, Buchhändler, Falkenberg.
Petter, Reinhold, Dreher, Halle.
Winkler, August, Schriftsetzer, Naumburg.
Drescher, Reinhold, Bezirkssekretär, Halle.

Deutsche demokratische Partei.

Donnerstag, den 23. Jan., abends 8 Uhr

2 öffentliche Versammlungen.

In den
Thalia-Sälen
spricht Herr
Dr. Abderhalden
über
Die Aufgaben der Demokratie im neuen Preußen.

In der
Aula des Reform-Realgymnasiums, Friesenstraße
sprechen Herr
Professor von Drigalski
über
Neue Wege
und
Frau Lily Pringsheim
über
Die politischen Aufgaben der Frau.

Alle Männer und Frauen sind eingeladen. Eintritt 20 Pfg.

Geübte Fensterputzer
oder gewandte Leute
zum Putzen finden sofort Arbeit.
Vereinigte Glasermeister Halle a. S., e. G. m. b. H.,
Harz 23, 9.

Wirtschafterin.
Die Stelle der Wirtschafterin für die Küche und den Wäschebetrieb im **Paul Riebeckstift** ist zum 1. April ds. Js. zu besetzen. Neben freier Kost und Wohnung wird ein Lohn von jährlich 600 Mk. gewährt. Bewerberinnen, welche eine größere Wirtschaft bereits selbständig geführt haben erhalten den Vorzug. Meldungen sind in das Büro für Stiftungssachen Kl. Steinstr. 8 I. Zimmer 2. möglichst unter Beifügung von Zeugnisabschriften binnen 8 Tagen einzureichen.
Halle, den 18. Januar 1919.
Das Kuratorium der Paul Riebeckstiftung.

Kräft. Schuljunge
zum Wegegehen gesucht.
Otto Spermann, Eisenhandlung
neben Walhalla.

1. Paar g. erh. **Schaftstiefel** Größe 42, zu verkaufen.
Spitze 10 IV.

Ordentliche
Zeitungsträgerinnen
gesucht.
Verlag der Volksstimme
Gr. Ulrichstr. 27.

Heft ungebrauchte
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußbaum-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt
H. Nachte, Lützener Str. 7.

Angestellte, Beamte, Handwerker,
erhalten
Darlehen
von Selbstgeber. Offerten unt. Nr. 2067 an die Expedition dieser Zeitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190123-15/fragment/page=0004